

Sehr geehrte Frau Kraft,

Nach meinen Informationen ist die Ratifikation des Handelsabkommens mit Peru und Kolumbien gegenwärtig im Bundesrat anhängig und dabei scheint es eine Diskussion über den Mehrwert des Abkommens in Bezug auf Menschenrechte sowie Sozial- und Umweltstandards zu geben. Erlauben Sie mir einige Punkte aufzugreifen, die für die Debatte wichtig sind und die ich Ihnen in Ihrer Funktion als Koordinatorin der A-Länder gerne erläutern würde.

Zunächst möchte ich unterstreichen, dass die Frage nach dem Beitrag des Abkommens zu diesen Themen eine wichtige Rolle im Verhandlungsprozess mit Kolumbien und Peru gespielt hat und auch eingehend während des Ratifikationsprozesses im Rat und Europäischen Parlament erörtert wurde. Im Europäischen Parlament standen die entsprechenden Bestimmungen des Abkommens im Vordergrund und spielten eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung, dieses Abkommen zu ratifizieren. Im Endergebnis kam es zu einer breiten Unterstützung seitens aller politischen Parteien im Europäischen Parlament, insbesondere der EVP und der S&D. In diesem Zusammenhang möchte ich die herausragende Rolle des Berichtstatters im Handelsausschuss (INTA), MdEP Bernd Lange, unterstreichen, der maßgeblich am Gelingen des Ratifikationsprozesses beteiligt war.

Durch seine Zustimmung hat das Europäische Parlament bestätigt, dass große Fortschritte bereits gemacht wurden und dass beide Regierungen sich dazu verpflichtet haben, ihre Anstrengungen fortzusetzen. Dieses Abkommen wird – im Zusammenhang mit unseren fortlaufenden Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit – wirtschaftliches Wachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen, was wiederum positive Wirkung auf die Armutsbekämpfung hat. Dabei werden den Ländern die entsprechenden Möglichkeiten gegeben, die Ursachen von Instabilität und Ungleichheit anzugehen und dem Friedensprozess in Kolumbien zum Erfolg zu verhelfen.

Dabei ist es wichtig zu erwähnen, dass auf Ersuchen des Europäischen Parlaments die Ausarbeitung der Aktionsprogramme ('Roadmaps') zu Menschenrechten, Sozialrechten und Umweltschutz seitens Kolumbiens und Perus im vergangenen Oktober nochmals unterstreicht, in welcher Weise dieses Abkommen die Bemühungen der EU unterstützen kann, den Wertekanon der Außenbeziehungen voranzubringen.

*Mrs. Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin Staatskanzlei NRW
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf
Deutschland*

Vor diesem Hintergrund bin ich davon überzeugt, dass ein Scheitern des Ratifikationsprozesses in vieler Hinsicht negative Auswirkungen hätte.

Erstens würden wir ohne dieses Abkommen ein wichtiges Instrument verlieren, durch das wir die beiden Länder einbinden und ermutigen können ihre Anstrengungen fortzusetzen, auch in Hinblick auf die Stärkung der Zivilgesellschaft zur Förderung von Menschenrechten, Sozialstandards und Umweltschutz.

Zweitens würde es auch äußerst negative Signale hinsichtlich der Rolle der EU als vertrauenswürdiger Verhandlungspartner senden und möglicherweise zu Unsicherheiten auch genereller Natur führen, insbesondere hinsichtlich der Fähigkeit, internationale Abkommen zu ratifizieren, die durch die EU abgeschlossen wurden.

Daher bin ich davon überzeugt, dass dieses umfassende Handelsabkommens mit Peru und Kolumbien robuste und effektive Mechanismen schaffen wird, durch die wir die Partnerländer einbinden und Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards, sowie die Rolle der Zivilgesellschaft, fördern können.

Gerne bin ich dazu bereit, dieses Thema mit Ihnen zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'K' followed by a series of loops and a long vertical line extending downwards.

Karel DE GUCHT